

Erklärung der Mitgliederversammlung des Frauennetzwerk für Frieden e. V.

Verabschiedet am 16. November 2024 in Bonn

Das Friedensgebot unseres Grundgesetzes verpflichtet sowohl die Regierung als auch die Parlamentarier*innen und uns, die Zivilgesellschaft, dem Frieden zu dienen. Das bedeutet, dass Deutschland in den Kriegen dieser Welt, zum Beispiel in der Ukraine, in Gaza, im Libanon und in Israel, besondere Anstrengungen übernehmen muss, damit dieses friedenspolitische Ziel erreicht wird. Die hohe Zahl der Toten und Verletzten, die Zerstörung des gesamten Lebensumfeldes der Familien, die Fluchtbewegungen haben viel Leid über die Menschen in den Kriegsgebieten gebracht, das uns tief berührt. In den folgenden Monaten kommen Hungersnot, Kälte und der bereits jetzt zu beobachtende totale Mangel an Medikamenten und medizinischer Versorgung hinzu. Zudem beobachten wir die Eskalation vieler Kriege auf hohem militärischen Niveau in ein bedrohliches Risiko einschließlich eines Atomkrieges, das nicht nur die beteiligten Länder, sondern die gesamte Menschheit betrifft.

Das Friedensgebot wurde von den Müttern und Vätern unseres Grundgesetzes aus gutem Grund nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, den Deutschland zu verantworten hat, formuliert.

Wir fordern unsere Regierung und alle im Parlament vertretenen Abgeordneten auf, ohne Verzögerung alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um Verhandlungen der jeweiligen Kriegsparteien vorzubereiten, sowohl mit Partnern aus der EU als auch mit anderen Staaten. Es gilt, diese Kriege zu beenden und durch Verhandlungen eine win-win-Situation zu erreichen- als Grundstein für einen nachhaltigen und dauerhaften Frieden.

Ein vorbereitender Schritt dazu ist im Sinne einer Entspannungsdiplomatie das Einwirken auf die Konfliktparteien, eine Waffenruhe zu vereinbaren und ohne unerfüllbare Maximalforderungen sich an den Verhandlungstisch zu begeben. Die Hoffnung auf einen Siegfrieden ist die falsche Hoffnung. In modernen Kriegen gewinnt letztlich keine Seite.

In diesem Zusammenhang fordern wir zum wiederholten Male die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1325 und ihrer Folgeresolutionen. Darin wird nicht nur der Schutz von Frauen und Kindern in Kriegsgebieten gefordert, sondern darüber hinaus die deutliche Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen, auch Frauen aus der Zivilgesellschaft. Bisher wurden diese Resolutionen nicht konsequent umgesetzt. Frauen, Kinder und andere vulnerable Gruppen sind weiterhin die zahlreichsten und schmerzvollsten Opfer in diesen Kriegen.

Wir schließen uns den vielen internationalen und nationalen Initiativen, die zum Frieden aufrufen und die kluge Friedensstrategien anbieten, an. Wer diese als naiv oder unpatriotisch einstuft, irrt. Das Gegenteil ist der Fall. Wir bauen auf die Stärke der Friedenslogik, der Diplomatie und der zu errichtenden gemeinsamen Sicherheitsarchitektur, nicht auf die Eskalation der Waffengänge. Deutschland muss friedensfähig werden.

Auf der Grundlage vieler positiver Erfahrungen durch Versöhnungsprozesse in Europa und weltweit geben wir die **Hoffnung** auf eine friedliche Zukunft **nicht** auf. Dies gilt nicht nur für die hier genannten, sondern für alle aktuellen Kriegsregionen dieser Welt. Denn:

Kriege werden von Menschen gemacht.

Frieden auch.